



Taliban in der Provinz Helmand, Transportpanzer „Fuchs“ der Bundeswehr: Müssen die deutschen Soldaten warten, bis die Aufständischen

AFGHANISTAN

„Speck in der Falle“

Immer häufiger wird die Bundeswehr in Gefechte verwickelt, mit Toten und Verletzten. Nun gibt es eine Debatte über die Ausrüstung und Zweifel, ob die Einsatzregeln noch passen.

Vor seinem gepanzerten Wagen kämpfen 15 Taliban, so viele kann er sehen. Doch es müssen mehr sein, denn das Feuer aus Kalaschnikows und Panzerfausten prasselt von allen Seiten auf das Fahrzeug ein. Der Soldat fürchtet um sein Leben. Wie viele seiner Kugeln Taliban treffen, kann er nicht sagen. Die Nebelschwaden der Rauchgranaten, die seine Kameraden geworfen haben, um den Kugeln der Aufständischen zu entgehen, verbergen auch ihre Opfer. Aber er weiß, dass er tötet. Von der Angst hinter sich bemerkt er nichts.

Während er kämpft, überschlägt sich rund 400 Meter entfernt ein Transportpanzer „Fuchs“ bei einem Ausweichmanöver und fällt in einen Wassergraben. Drei seiner Kameraden ertrinken.

„Das Schlimme ist, so weit hätte es nicht kommen müssen“, schreibt er später seinen Kameraden zu Hause. Sie wollten die Taliban umfahren, aber sie durften nicht. „Wir hatten mehrfach das Ausweichen beantragt, da der Feind von uns bereits seit einer Stunde aufgeklärt war.“

Es sind die Schilderungen eines Soldaten, der am vergangenen Dienstag für die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch,

genauer sechs Kilometer südwestlich von Kunduz, gekämpft hat.

Es ist gefährlich geworden in der Region. Seit einigen Monaten häufen sich die Überfälle von Aufständischen auf Isaf-Soldaten. 31 Überfälle, 15 Raketenangriffe und 27 Sprengstofffallen wurden seit Jahresbeginn in der Provinz gezählt. „Kunduz ist verloren“, sagt ein Feldwebel, der gerade nach Deutschland zurückgekehrt ist, weil sein „Glück aufgebraucht ist“, wie er sagt. Der Unteroffizier war mit seinem „Dingo“ mehrfach in Sprengfallen geraten.

Doch die Taliban beschränken sich nicht mehr auf das typische „hit and run“, angreifen und verschwinden. In Kunduz und Umgebung attackieren sie die Bundeswehrsoldaten aus dem Hinterhalt und verwickeln sie in langanhaltende Kämpfe.

Trotzdem will Verteidigungsminister Franz Josef Jung nicht von einem „Krieg“ reden. Es gehe auch um den zivilen Aufbau, um „vernetzte Sicherheit“. Das Wort „Krieg“ setze da einen „völlig falschen Akzent“. Doch seit dem vorigen Dienstag wird der Widerspruch lauter. So meint der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe (SPD), die Situation sei „im Grunde Krieg“. Der

frühere Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) spricht von Taliban, die „uns ihren Krieg aufzwingen“.

Für Soldaten, die in stundenlangen Gefechten um ihr Leben kämpfen, klingt diese Debatte ohnehin hohl. Sie schießen, töten, sterben. Etwas anderes als das Wort Krieg würde ihnen dazu nicht einfallen.

In den vergangenen Wochen hat die Bundeswehr ihre Taktik geändert. Galt bisher die Devise „Durchstoßen“, wenn eine Patrouille überraschend unter Beschuss geriet, so nehmen die Soldaten den Kampf jetzt an. „Wer uns angreift, der wird auch bekämpft“, sagt Verteidigungsminister Jung (CDU). Von feigen und hinterhältigen Anschlägen ist im Ministerium oft die Rede.

Doch offenbar suchen die Soldaten inzwischen gezielt Gegenden auf, die von Taliban kontrolliert werden. Damit setzen sie sich nicht nur bewusst dem Risiko eines Angriffs aus, sondern bieten sich den Taliban geradezu als Zielscheibe an. Vor manchen Gefechten hätten sie mit lauten Geräuschen auf sich aufmerksam gemacht, berichtet ein Soldat. Das liegt am merkwürdigen Mandat der Bundeswehr.

Das Gefecht vom vergangenen Dienstag beschreiben Soldaten so: Rund 170 Mann, deutsche und afghanische Einheiten, durchkämmen den Distrikt Chahar Darreh, die Taliban-Hochburg südwestlich von Kunduz, um Sprengfallen aufzuspiüren. Als eine Drohne des Typs Luna eine Gruppe von Aufständischen sieht, gehen die Soldaten in Stellung. Sie beantragen, den Feind umfahren zu dürfen. Doch eine Stunde lang wird ihnen weder



sie angreifen?

der Befehl zum Rückzug noch der zum Angriff erteilt.

Wie der Speck in der Falle habe er sich gefühlt, schreibt ein Bundeswehrmann später an seine Kameraden. Die Deutschen dürfen erst schießen, wenn ihr Leben bedroht ist. Mussten sie warten, bis die Taliban sie angreifen? Oder gar auf sich aufmerksam machen, damit der Gegner angreift und das Gefecht endlich beginnen kann?

Wurden die Soldaten also aufgrund juristischer Bedenken der Einsatzleitung zu Zielscheiben? Nach den Einsatzregeln, die jeder Bundeswehrsoldat im Auslandseinsatz in gedruckter Form auf einer sogenannten Taschenkarte bei sich trägt, haben die deutschen Isaf-Kräfte das Recht, sich jederzeit und überall gegen Angrif-

fe zu verteidigen, Angriffe abzuwehren oder Nothilfe zu leisten. Die tödliche Jagd auf Terroristen ist den Deutschen nicht erlaubt.

Das völkerrechtliche Mandat eröffnet einen größeren Spielraum. In seinen Resolutionen ermächtigt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Isaf-Kräfte, alle zur Erfüllung des Mandats notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Deutschen unterwerfen sich strengeren Regeln.

Wie die amerikanischen Streitkräfte ihr Mandat auslegen, ist auf der Seite Soldatenglück.de zu sehen. Dort zeigt ein Video, wie die Besatzung eines „AH-64 Apache“-Helikopters in Afghanistan aus der Luft eine 14-köpfige bewaffnete Taliban-Gruppe durchs gebirgige Gelände verfolgt und tötet, ohne vorher angegriffen worden zu sein. Für amerikanische und britische Truppen gehören Töten und Sterben selbstverständlich zum Einsatz in Afghanistan.

Die deutschen Politiker, die die Soldaten nach Afghanistan schicken, tun lieber so, als wäre dies ein Polizei- und Entwicklungshilfeeinsatz. Denn sie wissen, dass das Mandat in der Bevölkerung unpopulär ist. Gleichwohl sind sich alle Parteien im Bundestag, mit Ausnahme der Linken, bislang einig, Afghanistan aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Es gibt viele Zweifel, aber noch keine Mehrheit für einen Abzug.

Allerdings wird unter den Befürwortern des Einsatzes eine Debatte über die Ausrüstung der Bundeswehr geführt. Es sei nicht zu verantworten, „die Soldaten in ihre gefährlichen Missionen zu schicken, ohne ihnen Schutz zu geben, der durch die überlegene westliche Technik möglich wäre“, sagt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold. Er wünscht sich Kampfhubschrauber für Afghanistan. Sein Kollege von der CDU, Bernd Siebert, macht sich für die „Panzerhaubitze 2000“ stark. Und Elke Hoff, Verteidigungspolitikerin der

FDP, denkt öffentlich über den Eurofighter nach. Man müsse die Ausrüstung dem Lagebild anpassen, sagt Hoff.

Tatsächlich verfügt die Bundeswehr über einen Kampfhubschrauber, den „Tiger“, der mit einer Einsatzdauer von rund drei Stunden und einer Einsatzreichweite von 725 Kilometern mit dem amerikanischen „Apache“ vergleichbar ist. Doch der „Tiger“ bleibt in den kommenden Monaten im Hangar. Erstens sind die wenigen in Fritzlar stationierten Hubschrauber wegen technischer Probleme noch nicht einsatzbereit. Zweitens fehlen fertig ausgebildete Piloten, die den Hubschrauber in einem Kampfeinsatz fliegen könnten.

Die Forderungen nach zusätzlichen Schützenpanzern des Typs „Marder“ und der „Panzerhaubitze 2000“ wurden von der militärischen Führung abgelehnt. Vier „Marder“ stehen schon in Masar-i-Scharif und wurden in den vergangenen Wochen mühsam wieder in Einsatzbereitschaft versetzt. Derzeit werden sie nach Kunduz verlegt.

Den Einsatz schwerer Artillerie wie der „Panzerhaubitze 2000“, die sich auch die Soldaten in Kunduz zur Abschreckung wünschen, hält der Heeresinspekteur Hans-Otto Budde „in der derzeitigen Lage“ für unnötige „Muskelspiele“.

Tatsächlich würde mit einer solchen Aufrüstung das Risiko von Kollateralschäden steigen, denn die geforderten Waffensysteme sind von einer solchen Wirkungskraft, dass zivile Opfer kaum auszuschließen wären. Gerade bei amerikanischen Luftangriffen in plötzlich aufflammenden Gefechten, den sogenannten „rapid response strikes“, haben viele unschuldige Afghanen ihr Leben verloren.

Am Ende könnte der bessere Schutz der Soldaten ins Gegenteil umschlagen, weil der Rückhalt in der Bevölkerung verlorengeht. Auch deshalb stocken die Amerikaner ihre Bodentruppen auf, die zusätzlichen „Boots on the ground“ sollen Luftangriffe unnötig machen.

US-General Stanley McChrystal, neuer Kommandeur der Isaf-Schutztruppe, hat seinen Soldaten einen Strategiewechsel verordnet: „Wenn Sie irgendetwas tun, was den Leuten schadet, dann verscherzen Sie sich wahrscheinlich die Sympathien der Bevölkerung.“ Die ausländischen Truppen sollten lieber einmal darauf verzichten, Bombardements durch Kampfflugzeuge anzufordern, und sich zurückziehen, wenn Kollateralschäden drohten.

Eine Strategie, mit der die Deutschen bislang gute Erfahrungen gemacht haben: „Wenn wir die Zustimmung der afghanischen Bevölkerung verlieren“, sagt Winfried Nachtwei, Verteidigungsexperte der Grünen, „dann brauchen wir über eine Exit-Strategie nicht mehr lange nachzudenken, dann müssen wir sie umsetzen.“

ULRIKE DEMMER



THOMAS IMO / PHOTOTHEK

Kampfhubschrauber „Tiger“: Die Ausrüstung dem Lagebild anpassen